

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wöchentliches Abonnementpreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Viertel-Jahresrat)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 231/232.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,  
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt, 5 Pf.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 231/232.  
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 428.

Nr. 6.

Berlin, Mittwoch, 21. Januar 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

## Aufruf an alle Gewerksvereiner!

Alle Kollegen und Kolleginnen fordern wir auf, energisch mitzuschaffen im neuen Jahre viele neue Mitstreiter für die Gewerksvereine zu gewinnen. Die Zeit ist für uns! Wir müssen sie aber erkennen, um sie zur weiteren Ausbreitung unserer Gewerksvereine gehörig auszunutzen zu können. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung hat die Gewerksvereineideen von Erfolg zu Erfolg geführt. Wissenschaftlich überwunden sind die marxistischen Ideen vom Sozialismus und Kommunismus; als verfehlt erwiesen sich auch die Bestrebungen, die wirtschaftliche Arbeiterbewegung unter die Bevormundung der Kirche zu stellen. Ueberall, wo die Berufsvereine der Arbeiter durch entschlossenes Vorgehen Erfolge erzielten, beruhen diese auf Nachbarschaft und Verwirklichung gewerksvereiner Grundsätze. Ob die gewerkschaftlichen Organisationen sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen oder im Mantel der christlichen Weltanschauung erscheinen, war ohne sachliche Bedeutung, denn immer, wenn sie etwas erreichen wollten, mußten sie nach den bewährten Grundsätzen der Gewerksvereine handeln.

Das Beiwert „Klassenkampf“ und „Christentum“ hatte nur eine agitatorische Bedeutung. Der gesamten Arbeiterbewegung schadete diese Dreiteilung, denn die Arbeiterschaft kann nur dann stark sein, wenn sie einig ist!

Der Verbandstag 1913 hat uns wichtige Aufgaben gestellt. Es gilt den freien Sonnabend-Nachmittag für Arbeiterinnen anzustreben. Die Erreichung dieses Ziels würde mit der Zeit auch für die männlichen Arbeiter den Sonnabend-Nachmittag freimachen. Wir haben in unserer Petition schon darauf hingewiesen, daß in einer erheblichen Anzahl von Fällen in den verschiedensten Industriezweigen der freie Sonnabend-Nachmittag in Anwendung genommen ist.

Die Reichsgesetzgebung beabsichtigt eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit in den Verkaufsgeschäften, was insbesondere im Interesse der Angestellten zu begrüßen ist. Mit Recht weisen die Angestelltenverbände darauf hin, daß dies den Sonnabend-Frühschluß in Fabrik und Kontor zur Folge haben müsse und ferner, daß auch den Arbeitern der Sonnabend-Nachmittag beigegeben werden müsse, damit dieselben im Hinblick auf die kommende verstärkte Sonntagsruhe am Sonnabend-Nachmittag ihre Einkäufe besorgen können. Die Essener Handelskammer hat dagegen aber die Firmen ihres Bezirkes gebeten, diesem Ansinne im Interesse der Vermehrung einer Ueberspannung unserer Sozialpolitik!

Berlin, 18. Januar 1914.

nicht zu entsprechen. Neue soziale Reformen haben also erst starken Widerstand zu überwinden, ehe sie sich einbürgern. Sätten wir nicht um Partei- und kirchlicher Interessen willen diese elende Zersplitterung in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, so würde der frühere Schluß an den Sonnabenden für die Angestellten und der freie Sonnabend-Nachmittag für die Arbeiter und Arbeiterinnen ohne besondere Schwierigkeiten durchgeführt sein. Der Deutsche Handelstag hat in seiner Vollversammlung vom 20. Februar 1913 aber bereits Einspruch erhoben gegen den Fünfjährschluß für Arbeiterinnen, den wir seit 1908 bzw. 1910 haben, und verlangt, daß dem Arbeitgeber gestattet sein soll, „in besonders dringenden Fällen für die Dauer von drei Tagen sofort Ueberarbeit leisten zu lassen unter der Bedingung, daß er gleich am ersten Tage der zuständigen Verwaltungsbehörde davon Kenntnis gibt und die Erlaubnis nachträglich einholt.“ Ferner wünscht der Handelstag, es solle für unzulässig erklärt werden, daß die Behörde die Erlaubnis von Ueberarbeit von der Zahlung eines höheren Lohnes abhängig mache. Die Unternehmer wollen zu ihrem Vorteil die Konjunktur ausnützen, die Arbeiter und Arbeiterinnen aber sollen daran keinen Anteil nehmen dürfen. Wie leicht würde auch hier das Interesse der Arbeitnehmer gewahrt werden können, wenn sie einig wären!

Bekanntlich hat der Deutsche Handelstag 1912 eine Umfrage bei den Handelskammern darüber veranlaßt, ob sie nicht ein Arbeitswilligengesetz einzuführen für dringend nötig hielten. Die weitaus überwiegende Zahl hat zustimmend geantwortet. Erfreulicherweise ist der auf Grund dieser Umfrage vom konservativen Abgeordneten Grafen v. Westarp gestellte Antrag, „das Streikpostenstehen zu verbieten“, vom Reichstag 1913 zweimal mit erdrückender Mehrheit abgelehnt worden. Auch die Regierung lehnte es ab, einen Gesetzentwurf dieser Art einzubringen; wenn der Reichstag so etwas einmal wünsche, dann möge er selber die Initiative dazu ergreifen. Wer weiß, ob diese Stimmung nicht gelegentlich wieder umschlägt! Jedenfalls sollten die Arbeiter es für ihre Pflicht halten, sich zur Erhaltung ihrer Rechte in den Gewerksvereinen ein Schutzbündnis zu sichern und darum in Massen den Gewerksvereinen beizutreten.

Wir haben ferner anzustreben die Errichtung von Arbeitskammern in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse des Reichstages und die Einführung öffentlicher Arbeitsnachweise zu betreiben. Es darf in Zukunft keinen paritätischen Arbeitsnachweis mehr geben, darin wir nicht betreten sind. Wenn wir nicht

wollen, daß unsere Mitglieder bei der Arbeitsvermittlung zurückgesetzt werden, dann müssen wir darauf sehen, daß wir in allen Arbeitsnachweisen eine angemessene Vertretung finden.

Die Frage einer Fürsorge für die Arbeitslosen wird noch auf lange Zeit eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerksvereine bleiben müssen. Die Städte haben zumeist keine Courage, eine Arbeitslosenhilfe einzuführen. Bisher haben in ganz Deutschland nur erst etwa 20 Kommunen dazu den Mut gefunden. Die Städte sind vorwiegend der Meinung, daß das Deutsche Reich, das die übrige Arbeiterversicherung zwangsweise organisiert hat, auch die Arbeitslosenhilfe seinem Zwange unterwerfen müsse. Ehe es aber dazu kommt, wird noch manches Jahr vergehen. Darum ist es jetzt doppelte Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, durch Eintritt in die Gewerksvereine sich für die Zeiten der Arbeitslosigkeit zu sichern. Durch die Schaffung der Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine und durch den Ausbau unserer Verbands-Gesamtkasse und der Gesamtkassen der einzelnen Gewerksvereine, Einrichtungen, die mit verhältnismäßig geringen Beiträgen Geldbeträge bis zur Höhe von 1500 Mark den Versicherten zuführen, haben wir im letzten Jahre eine große Tat getan, die dringend der energischen Unterstützung aller Gewerksvereiner wert ist.

Im Laufe des Herbstes soll wieder ein Kursus zur Ausbildung von Verbandskollegen abgehalten werden. Für die Heranziehung geeigneter Lehrkräfte trägt der Verband Sorge. Ortsverbandskonferenzen und Konferenzen der Verbands- und Gewerksvereinsbeamten sollen veranlaßt werden, um eine größere Einheitlichkeit des Vorgehens in den verschiedenen Landesbezirken zu erzielen und Anregungen zu geben für eine lebhaftere Tätigkeit aller Gewerksvereiner für die Vermehrung der Mitglieder. Vor allem brauchen wir noch viele opferfreudige Mitkämpfer, damit die Gewerksvereineideen mehr und mehr zu einer Verstandes- und Herzenssache aller Arbeiter und Arbeiterinnen werden. Je rascher wir dieses Ziel erreichen, um so früher kommen wir in die Lage, unseren Einfluß zu mehren in der erfolgreichen Bekämpfung aller sozialen Nöte. Und das soll immer unsere vornehmste Aufgabe bleiben, den Arbeiterstand hinaufzuheben zur vollen bürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung, zu geistiger und wirtschaftlicher Wohlfahrt!

Der Zentralrat und die Verbandsleitung der Deutschen Gewerksvereine.  
gez. Gustav Hartmann, Zentralratsvorsitzender. gez. Karl Goldschmidt, Verbandsvorsitzender.

### Inhalts-Verzeichnis:

Aufruf an alle Gewerbevereine. — Die Ausbildung der weiblichen Jugend für Industrie und Handwerk. — Gewerbevereinsarbeit im Saargebiet. — Allgemeine Rundschau. — Gewerbevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

## Die Ausbildung der weiblichen Jugend für Industrie und Handwerk.

Am Mittwoch, den 14. Januar, fand in unserem Verbandsbause eine interessante Versammlung unter Leitung des Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt statt. Es galt einen Vortrag zu hören von Fräulein Dr. Bernays-Geißelberg über die Ausbildung der weiblichen Jugend für Industrie und Handwerk. Fräulein Dr. Bernays ist nicht nur Theoretikerin, sondern sie hat selbst ein ganzes Jahr lang als schlichte Arbeiterin in industriellen Unternehmungen gearbeitet, um so, ohne daß man sie kannte, mit den Arbeiterinnen zu leben. Einleitend wies die Rednerin in ihrem lichtvollen Vortrage zunächst darauf hin, daß in den vier Jahrzehnten, die seit der Reichsgründung hingegangen sind, Deutschland aus einem Agrarstaat zu einem Industriefaßt geworden und dadurch in die Lage gekommen sei, das wachsende Volk auf seinem Heimatboden zu erhalten. Von 1871—1910 betrug unter Bevölkerungswachstum 58 Prozent. Dieses Wachstum nahm fast ausschließlich Industrie und Handel auf, da sich die landwirtschaftliche Bevölkerung ungefähr gleich blieb. Die Fortschritte von Wirtschaft und Technik im Laufe des letzten halben Jahrhunderts sind so gewaltige gewesen, daß die Veränderungen im Fühlen und Denken der Menschen gleichsam nicht Schritt halten konnten mit den Veränderungen der Wirtschaftswelt um sie her.

Dieses Zurückbleiben der Seele hinter den Tatsachen zeigt sich ganz besonders in der Stellungnahme weiter Kreise des Volkes zur gewerblichen Frauenarbeit. Von jeher und zu allen Zeiten haben die Frauen schwere Arbeit für die wirtschaftliche Erziehung ihrer Familie geleistet; von jeher ist das Existenzminimum durch gemeinsame Arbeit von Mann und Frau aufgebracht worden. Vieles ist die Arbeitskraft der Frauen früherer Zeiten schonungslos ausgenutzt worden als heute. Aber dieser zur Gewohnheit gewordene, langsam im Laufe der Jahrhunderte erwachsene Zustand wurde ganz anders beurteilt als die in rascher Entwicklung sich herausbildende weibliche Arbeitsleistung in Industrie und Handwerk, an die wir denken, wenn wir heute von gewerblicher Frauenarbeit sprechen. Wie das Wirtschaftsleben auf früheren Entwicklungsstufen aus engster mit dem häuslichen Leben der Menschen verknüpft erscheint, wie der Rhythmus des Handwerkers anpaßt, so fiel auch die wirtschaftliche Tätigkeit der Frau zeitlich und örtlich in Landwirtschaft, Handwerk und Kleinhandel mit ihrer häuslichen Arbeit zusammen. Die unter der Herrschaft des Industrialismus notwendigerer Trennung von Wohnstätte und Arbeitsstätte ist es vor allem, die den Widerstand gegen die gewerbliche Frauenarbeit hervorruft.

Die Frage: Was will ihr Sohn werden? übernahm keinen Vater. Diese Frage erscheint ihm als das Natürlichste von der Welt. Der Jüngling entscheidet sich, gibt seinem Leben eine Richtung, und diese Beschäftigung ist durchschneidend. Er wählt den Beruf auf Lebenszeit und steigt darin zu der Höhe auf, die Begabung und Günst der Verhältnisse ihm ermöglichen. Der Beruf bildet den Grundton seines Lebens.

Ganz anders ist es bei den Mädchen. Verleben wir unter Beruf eine Tätigkeit, die ihren Sinn lechzt in sich selbst hat oder haben wollte, unter Erwerb dagegen eine Arbeit, deren Zweck der Verdienst ist, also außerhalb ihrer selbst liegt, so können wir nicht behaupten, daß die gewerbliche Frauenarbeit heute in der Mehrzahl der Fälle bloßer Erwerb ist, während die Tätigkeit des Mannes im Handwerk sowie in vielen Formen gelernter Fabrikarbeit als Beruf bezeichnet werden muß. Schon die Sprache, der seine Stadtmesser unseres Fühlens und Denkens, bringt diese Unterschiede zum Ausdruck. „Wir lassen den Sohn Schreiner (oder auch Mechaniker) werden; die Tochter muß auch mit verdienen; sie geht zum Nähen (oder in die Fabrik)“ sind Antworten, die man bei jeder Umfrage zu hören bekommt. Sie sind durchaus kein Zeichen für ein beschleunigtes Maß elterlicher Sorgfalt bei Sohn und Tochter, aber freilich ein deutlicher Beweis für die verschiedene Bewertung der Berufsarbeit der Kinder. Da der natürliche Beruf der Frau im Saufe liegen soll, wird diesem Zweck zuliebe

die Wirklichkeit zuzunehmen ignoriert. Die Folge ist eine sehr verschärfte Qualität der gewerblichen Ausbildung bei Söhnen und Töchtern in denselben Familien. Nur ein Beispiel für viele: In 270 Arbeiterfamilien einer deutschen Großstadt fanden sich 104 erwachsene Söhne, 132 erwachsene Töchter. Von den 104 Söhnen waren 20 Handwerkslehrlinge, 36 Arbeiter in gelernten Berufen, 48 Arbeiter in ungelerten Berufen. Von den 132 Schwestern waren 2 Lehrlinge, 5 in gelernten Berufen und 125 in ungelerten Berufen. Von den Söhnen hatten aber mehr als die Hälfte, 54 Prozent, nach der Schulzeit noch eine Lehre durchgemacht, von den Töchtern haben 96 Prozent nach der Schule einen ungelerten Erwerb ergriffen. Friedrich Raumann hat einmal gesagt: „Die Zahlen sind der kürzeste Ausdruck für die größten Sagen; in ihnen liegen alle Sehnsüchte und alle Empfindungen der Menschheit; in ihnen liegen Aufschlüsse über das, was heute ist, und über das, was morgen werden kann.“

Auch für unser Thema können Zahlenreihen als wertvolle Stützstruppen herangeführt werden. Nur kurz zu erwähnen ist die allbekannte Tatsache des Steigens des Anteils an der industriellen Arbeit. Im Jahre 1882 waren 1 100 000 Frauen in der Abteilung Industrie tätig, 1895 schon 1 500 000 Frauen und 1907 gar 2 130 000 Frauen. 6,7 Prozent der weiblichen Bevölkerung finden in der Stoffverarbeitung ihren Beruf, 1895 waren es nur 5,7 Prozent, 1882 nur 4,8 Prozent. Leben und Sprache erhalten diese Zahlen freilich erst, wenn wir sie mit anderen in Verbindung bringen, die uns das Alter der weiblichen Arbeitskräfte im Gewerbe anzeigen. Nur sind es drei Zahlen, auf die ich besonderen Nachdruck legen möchte.

Erste Zahl: Industrie und Gewerbe beschäftigen heute 167 000 weibliche Kinder im Alter von unter 16 Jahren. Wir fragen uns, wenn wir diese Zahl hören: Was geschieht für körperliche, geistige, sittliche Ausbildung dieser Kinder? Sie stehen in den Lebensjahren, in denen Körper und Geist voll erwachen und ihre Rechte fordern. Umschließt die Berufsarbeit, der sie den größten Teil des Tages widmen müssen, für sie Bildungswerke, oder ist sie nur die drückende Last, die ihnen die freie Entfaltung von Körper und Geist hemmt?

Zweite Zahl: Von den weiblichen Erwerbstätigen in Industrie und Gewerbe sind fast die Hälfte, 48 Prozent, in absoluten Zahlen rund 1 Million, zwischen 20 und 40 Jahren alt, fast um 300 000 mehr als im Jahre 1895. Wir legen uns die Frage vor: Was bedeutet diese Arbeit von diesem Meer von Frauen im besten Lebensalter? Sehen sie darin Möglichkeiten des Fortwärtkommens? Können sie steigende Geschäftlichkeit, steigendes Verständnis für die Arbeit erwerben? Können sie in dem Gefühl froh werden, daß die neue Form außerhäuslicher Tätigkeit, die die alten Hausfrauenpflichten ganz oder teilweise verdrängt und ersetzt, neue Werte auf anderen Gebieten aufweisen läßt?

Dritte Zahl: Unter den mehr als 40jährigen Frauen in Industrie und Gewerbe sind rund 200 000 Witwen. Ihnen sollte die Berufsarbeit einen Verdienst ermöglichen, der für sie und ihre Kinder zu mehr hinreicht als zur Deckung des notwendigen Bedarfs. Sie sollten Arbeit finden, die ihrem Alter und ihren Körperkräften angemessen ist, und nicht die am geringsten bewerteten mühseligen Nebenarbeiten Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr mit schmerzenden Gliedern und müdem Herzen im traurigen Einerlei ausführen.

Diese Zahlen sprechen. Sie berieten uns, zu zwei bequemen und oft gehörten Ausreden der Forderung des Tages gegenüber zu greifen. Die erste ist die Behauptung eines hohen starken Rückgangs der Frauen, oder selbst nur der Ehefrauenarbeit. Die zweite bringt uns den Trost, daß die Erwerbsarbeit im Leben der Frau nur eine vorübergehende Periode sei. Diese Behauptung mag für zahlreiche Einzelfälle völlig zutreffen. Für die Gesamtheit des Frauenlebens in den erwerbenden Schichten gilt es aber, daß die weiblichen Personen aller Altersklassen als Kinder, junge Mädchen, Ehefrauen und Witwen einen großen und stetig wachsenden Teil der Arbeitskräfte in Industrie und Handwerk ausmachen. Darum sprechen unsere Zahlen nicht nur, sondern sie fordern! Sie fordern von den Eltern genaues Nachdenken über Berufsmaß und Berufsbildung auch der Töchter; sie fordern von den jungen Mädchen selbst Interesse und Strenge beim Erlernen einer Tätigkeit, die sehr wahrscheinlichweise ihre stehende Begleiterin auf dem Lebenswege bleiben wird und tüchtige Mitstreiterin im Kampfe ums Dasein werden

kann. Unsere Zahlen fordern aber auch von den Leitern gewerblicher Betriebe, daß sie im eigenen Interesse die Berufsbildung auch des weiblichen Personals, und sie fordern von der Allgemeinheit, daß diese den Grundtat: die Arbeit des jugendlichen Menschen soll nicht nur Erwerb, sondern auch Ausbildung sein, auch für das weibliche Geschlecht nachdrücklich zur Geltung kommt. Die technische Minderwertigkeit ihrer Arbeitsleistung bringt der Frau wirtschaftliche und seelische Nachteile. Es wird eine Ausbildung in der Zukunft nützlich sein als irgend eine Kranken- oder Altersversicherung, denn der ungelernete Arbeiter wird ebensomäßig zu brauchen sein wie der ungesunde. Seelische Nachteile, denn der Charakter des Menschen wird durch nichts mehr beeinflusst als durch seine tägliche Arbeit.

Gerade um der feineren Qualitäten willen, welche die Frau als Mutter bedarf, soll die Arbeit der Frau nicht auf erniedrigende und stumpfsinnige Tätigkeiten sinken. Goethe sagte: „Mutter kann nur entstehen, wenn der Mensch seinem Leben Gestalt gibt durch seine Arbeit.“ So halten wir der materialistischen Weltanschauung gegenüber daran fest, daß die Entwicklung uns nicht in den Schoß werfen wird, das wir uns nicht selbst erkämpfen! Wie es ist auf Erden, sollte es nicht sein! Lust uns besser werden, gleich wird besser sein! Alle echte Sozialpolitik wurzelt letztlich in der Ueberzeugung des inneren wahren Zusammenhangs zwischen Wirtschaft und Kultur. Die gründliche Ausbildung der Töchter ist daher der Angelpunkt fast aller Probleme, die aus der gewerblichen Frauenarbeit erwachsen, sowohl in wirtschaftlich-beruflicher wie in geistig-sittlicher Hinsicht. (Schluß folgt.)

## Gewerbevereinsarbeit im Saargebiet.

Wie im Vorjahre, so kann auch jetzt eine erfreuliche Entwicklung des Sekretariatsbezirks konstatiert werden. Die Mitgliederzahl ist um fast 10 Prozent gestiegen und die Beitragsaufnahme der Ortsvereine einschließlich Lokal- und Krankenkassen um 4800 Mk. Allerdings sind auch die Ausgaben gewachsen, besonders durch die Maler- und Malerzertifikat in Differenzen. Neugegründet wurden 4 Ortsvereine resp. Abteilungen. In den 31 Vereinen des Bezirks sind 400 Mitglieder neu aufgenommen worden gegen 330 in den 28 Vereinen des Vorjahres. Gemessen an der Zahl der Aufnahmen, hätte der Fortschritt noch größer sein müssen, aber es fehlt noch oft an der wirksamen Nacharbeit in dem großen Bezirk.

In den Krankenkassen waren 760 Mitglieder gegen 670 im Vorjahr. Neuaufgenommen wurden 230. Beiträge gingen 13 640 Mk. ein, Krankenunterstützung erforderte 13 810 Mk. in 340 Krankheitsfällen für 7860 Tage. Die Kassen haben also etwas ungünstiger gearbeitet als voriges Jahr. — Die Gewerbevereinstassen veranschlagten 6675 Mk. für Unterstützung, darunter rund 4000 Mk. für Streif, Ausperrung und Arbeitslosigkeit, 1040 Mk. für Reise und Umzug, 800 Mk. für Sterbegeld usw. Insgesamt sind also verausgabt für Unterstützungen 33 560 Mk.

Die Arbeit des Sekretariats war größer als im Vorjahr. Auskünfte wurden 1610 erteilt, Schriftsätze 180 angefertigt und 15 Vertretungen wahrgenommen. Unter den behandelten Fällen befanden sich mehrere, die sehr wichtig waren und viel Arbeit erforderten. Einige sind noch nicht entschieden. Durch die Veränderungen in der Sozialgesetzgebung, Krankentafelnachfragen usw. stieg auch die Versammlungstätigkeit, Korrespondenz, usw. Der Sekretär nahm an 348 Versammlungen, Sitzungen usw. teil, schrieb 67 eigene Artikel, brachte mehrere Notizen aus anderer Schriften in die Presse und schrieb 185 Originale, von denen eine Unmenge Abzüge für Zirkulare u. a. hergestellt wurden. Eingänge sind neben den vielen Zeitungen 954 zu verzeichnen, Ausgänge wurden 3678 gezählt.

Die industriellen Verhältnisse sind im Bezirk nicht einheitlich. Im Baugewerbe verwickeln viele Kasernenbauten, Kanalisationen und ähnliches den Einbruch der sonst schlechten Konjunktur. Die Günterwerke haben schon vielfach die Löhne gestürzt, arbeiten aber sonst noch ziemlich flott; oft wird bis in den Sonntag vormittag hinein gewalgt, und Sonntagabend muß schon wieder eine starke Belegschaft anfahren. In einigen Eigenkonstruktionswerkstätten klagen noch jetzt die Arbeiter, daß sie viel Ueber- und Nacharbeiten machen müssen, andererseits machen manche Fabriken und in den Günter einzelne Abteilungen schon Feiertage.



Soffentlich gelingt es mit Hilfe der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute auch im neuen Jahre Fortschritte für unsere Sache zu erzielen. Gemessen an der uns bekannten Entwicklung der anderen Organisationen im Bezirke stehen wir nicht ungünstig. Nur schade, daß der Versuch, durch Anstellung eines weiteren Kollegen für die Agitation besonders in Lothringen-Luzemburg noch besser voran zu kommen, nicht mit Glück durchgeführt werden konnte. Soviel an uns liegt, sollen die Kollegen auch im neuen Jahre vom Sekretär in bester Weise unterstützt werden, wenn auch der einzelne Mann nicht überall sein kann. Um das beste für unsere Sache zu erzielen, muß jeder Kollege an seiner Stelle tüchtig mitzugreifen.

J. C.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 20. Januar 1914.

Die erste Sitzung des Zentralrats im neuen Jahre wurde vom Kollegen Hartmann mit einer herzlichen Begrüßungsansprache eröffnet. Sodann wurde die Neuwahl der Vorsitzenden vorgenommen. Auf Vorschlag des Kollegen Gleichauf wurden die bisherigen Vorsitzenden, die Kollegen Hartmann, M. Schumacher und Raab per Affirmation einstimmig wiedergewählt. Es folgte hierauf die Beratung des an erster Stelle dieses Blattes veröffentlichten Aufsatz. Der Entwurf wurde mit unwesentlichen Änderungen einstimmig angenommen.

Den Bericht aus dem Bureau erstattete Kollege Reustedt. U. a. machte er Mitteilung von der Abfindung einer Eingabe an Reichstag und Bundesrat betreffend den freien Sonnabend-Nachmittag für Arbeiterinnen. Mit der Versicherungsgesellschaft „Godejollern“ in Köln sind Verhandlungen eingeleitet zwecks Abschluß eines Vertrages, der bei Feuerversicherungen und dgl. den Mitgliedern der Deutschen Gewerkschaften erhebliche Vorteile bieten soll. Vor endgültigem Abschluß soll noch mit einigen anderen Gesellschaften in Verbindung getreten werden. Die Verbandsherberge in Berlin soll künftighin einer ständigen Kontrolle durch den geschäftsführenden Ausschuss unterworfen werden. Kollege Vothhoff wird diese Kontrolle ausüben. Endlich machte der Referent kurz Mitteilungen über den Ausfall der sozialen Wahlen. Obgleich unsere Kollegen durch die bisherige Vorherrschaft der Sozialdemokratie nur mit geringen Hoffnungen in den Kampf gegangen sind, sind doch zum Teil unerwartet günstige Erfolge erzielt worden, die ein Ansporn sein werden zu weiterer Betätigung. Das Resultat wird zusammengestellt werden, um einen Ueberblick zu gewinnen, wo auch bei den weiteren sozialen Wahlen unsere Kollegen sich erfolgreich beteiligen können. Ein Antrag des Kollegen Gleichauf, über sozialpolitische Thematika öfter im Zentralrat von Sachverständigen Vorträge halten zu lassen, wurde angenommen. Zum Schluß gab Kollege Goldschmidt noch einen Ueberblick über die künftige Gestaltung der Arbeiternachweise in Berlin, an deren Ausbau der zum Bürgerdeputierten gewählte Kollege M. Schumacher mitzuwirken beabsichtigt.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe hat Ende voriger Woche den Reichstag beschäftigt. Das Gesetz der „Ausnahmen“, wie Graf Borsowsky in der Debatte den Regierungsentwurf bezeichnete, wurde vom Ministerialdirektor Dr. Caspar begründet, der es als ein Zeichen der Güte des Entwurfs ansah, daß er sowohl von Prinzipal als von Angestellten kritisiert würde. Die Regierung habe den Mittelweg gewählt. Für die völlige Sonntagsruhe könne sie auch nicht bestreuen nicht eintreten, weil die ländliche Bevölkerung ihre Einkünfte nur an den Sonntagen deden könne. So rechte Befriedigung hatte eigentlich niemand von den Disfunktionsrednern. Für die völlige Sonntagsruhe sprachen sich in der Hauptsache die Sozialdemokraten aus, ferner aber nicht für seine Partei, sondern nur für sich persönlich — der nationalliberale Abgeordnete Marquart, der Führer des Leipziger Verbandes Deutscher Handlungsgeschäftlichen, und Graf Borsowsky. Die Vertreter der anderen Parteien wollen von der völligen Sonntagsruhe für Angestellte nichts wissen. Der Redner der fortgeschrittenen Volkspartei lehnte dieselbe für den Augenblick ab mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen von Handel und Gewerbe. Er will eine Verlängerung der Sonntagsarbeit über den jetzigen Zustand hinaus unter allen Umständen vermeiden wissen. So wünschten aber auch die Einführung der völligen Sonntagsruhe sei, so

sei es doch gefährlich, wenn dieses Ziel mit einem Sprunge erreicht werden sollte. Das Ergebnis der Beratungen war die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

**Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.** Seit dem 1. August 1912 besteht in Berlin eine Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung, die den Zweck verfolgt, die jungen Leute nach streng abwägender sachkundiger Berufsberatung in für sie geeignete Stellen zu bringen. Jedes Kind muß also mindestens einmal zur persönlichen Vorstellung mit Vater oder Mutter in die Sprechstunde kommen. Bei der Berufsberatung werden die Schulbildung, die körperliche Beschaffenheit, die sittliche Eignung, die wirtschaftliche Lage der Eltern sowie die Aussichten für das spätere Fortkommen berücksichtigt.

Die Lehrlingsvermittlung arbeitet in enger Fühlung mit der Volksschule. Mit Genehmigung der Schuldeputation werden schon vor dem Abgang in einer deutschen Unterrichtsstunde unter Anleitung des Lehrers Fragebogen über die künftige Berufswahl durch die Schüler ausgefüllt. Hierdurch werden die Schüler bereits auf die Wichtigkeit der Berufswahl und auf die Lehrstellenvermittlung hingewiesen, und der Vermittlungsstelle wird ein ungefähres Ueberblick geboten, für welche Berufe sich junger Nachwuchs meldet.

In der Zeit seit der Eröffnung bis Ostern 1913 hatten sich in Berlin 3106 Knaben und 1560 Mädchen bei der Lehrstellenvermittlung um Stellen beworben. Es konnten besetzt werden 1955 Stellen mit Knaben und 1249 mit Mädchen. Seit April 1913 zeigte sich trotz der wirtschaftlich ungünstigen Lage doch ein guter Fortgang. Es konnten in Lehrstellen untergebracht werden 1486 Knaben und 892 Mädchen, dazu noch 366 Mädchen für Haushaltungstellen. Die Lehrstellenvermittlung für Mädchen hat mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Teils sehen die Eltern bei Mädchen noch weniger ein als bei Knaben, daß es besser wäre, die Mädchen in feste Lehrstellen zu geben, als sie in irgendeine ungelernete Arbeit zu stecken, teils gewöhnen sich auch die Arbeitgeber nur mit Widerstreben daran, den jungen Mädchen die Zeit für den Fortbildungsjahresurlaub freizugeben. Besondere Sorgfalt wird bei der Vermittlung von Haushaltungstellen beobachtet. Hier prüft eine Beamtin vorher die Stellen, damit die jungen Mädchen zu Hausfrauen kommen, die bereit und geeignet sind, sich dieser jugendlichen Hilfen auch wirklich anzunehmen.

Auch mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen Groß-Berlins steht die Zentralstelle in enger Verbindung, ja sie ist bemüht, ihr Tätigkeitsgebiet auf die ganze Provinz Brandenburg auszudehnen. Sind auch bisher nach dieser Richtung die Erfolge noch nicht sehr bedeutend, so ist dies zurückzuführen auf die kurze Zeit der Tätigkeit. Zu wünschen wäre jedenfalls, daß eine derartige Berufsberatung möglichst Verbreitung findet.

**Arbeiterbewegung.** Noch immer ist der Streik der Buchdrucker und Setzer in Oesterreich nicht beendet. Er nimmt aber nach wie vor einen für die Arbeiter günstigen Verlauf. In Steiermark kann die Bewegung als abgeschlossen gelten, weil dort nahezu alle Buchdruckerbesitzer den von den Gehilfen vorgelegten Tarif angenommen haben. — Als gescheitert kann der Generalstreik in Südafrika angesehen werden. Die Regierung hatte riesige Truppenmassen zusammengeschoben, verschiedene Führer der Gewerkschaften wurden verhaftet und durch scharfes Einschreiten gegen die geringsten Ausschreitungen ist es dahin gekommen, daß in den meisten Industrien die Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Auch die Eisenbahner, die mit dem Streik begonnen hatten, sind auf ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. — Auch der Streik in Dublin ist jetzt endlich abgebrochen worden. Nach zehntägiger Dauer haben die Streikführer den Arbeitern geraten, wieder an die Arbeit zu gehen. — Der Streik der Autodorfschenschaucauffeure in Brüssel ist beendet. Die Unternehmer haben die von den Arbeitern gestellten Forderungen bewilligt.

Eine besondere Fürsorge für die Gelben hat kürzlich das Gewerbegericht in Düsseldorf an den Tag gelegt. Ein Mitglied unseres Gewerbevereins der Maschinenbauer war von der Firma Schieß ohne Kündigung entlassen worden, weil er angeblich zwei Zettel des Metallarbeiterverbandes an den Werkzeugschrank eines Mitarbeiters befestigt habe. Der Arbeiter bestritt

die ihm zur Last gelegte Handlung; er habe den Zettel vom Schrank genommen und gelesen und dann wieder an die Stelle hingeworfen. Aber selbst wenn er das ihm vorgeworfene Bergelien sich habe zuschulden kommen lassen, sei die Firma zur sofortigen Entlassung nicht berechtigt. Der Kollege klagte infolgedessen beim Gewerbegericht auf Entschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung ohne Kündigung.

In der Verhandlung trat ein Arbeiter R. als Zeuge auf und sagte aus, er sei Mitglied des (gelben) Gewerbevereins der Firma Schieß. Die besagten Zettel, die so befestigt gewesen seien, daß sie von jedem Vorübergehenden gesehen worden wären, seien vom Kläger an seinem Werkzeugschrank festgemacht worden. Er habe sich nichts daraus gemacht; jedoch bis siebenmal schon hätten sich ähnliche Zettel bei ihm vorgefunden. Nach dieser Feststellung wies das Gewerbegericht den Kläger mit seiner Forderung ab unter folgender Begründung:

Nach Aussage des vernommenen Zeugen steht fest, daß Kläger fragliche Flugblätter an dessen Werkzeugschrank befestigt hat. Dieserhalb konnte Beklagte den Kläger sofort entlassen, nach Abs. 2 § 23 ihrer Arbeitsordnung, welcher lautet: Aussetzungen, ungebührliches Benehmen gegen Vorgesetzte und gegen Mitarbeiter, Streitigkeiten, insbesondere Täuschlichkeiten werden mit Geldstrafe, in schwereren Fällen mit sofortiger Entlassung bestraft. Ein solch schwerer Fall liegt untergeordnet vor. Kläger hat seinen Mitarbeiter, den Zeugen Rindgen, in größter Weise beleidigt durch fragliche Flugblätter, die ihrem Inhalt nach den alleinigen Zweck haben, Angehörige der sogenannten Gelben — oder Gewerbevereine in ganz maßloser Weise zu beschimpfen. Ein solches Benehmen ist ohne Zweifel als ein ungebührliches gegen Mitarbeiter zu bezeichnen und damit die Berechtigung der Beklagten zur kündigungsfreier Entlassung gegeben. Ob Kläger durch den Inhalt des Flugblattes sich beleidigt fühle oder nicht, ist gleichgültig. Beklagte erblickt, und mit Recht, in dem Beschimpfen eines ihrer Gewerbevereinsmitglieder ein Benehmen, das nach zitiertem Bestimmung ihrer Arbeitsordnung sofortige Dienstentlassung zur Folge haben kann. Beklagte war daher zu ihrem Vorgehen berechtigt, womit die Schadenersatzklage, die auf ein Unrecht erfolgte Entlassung gestützt ist, als unbegründet abzuweisen war.

Der Gelbe selbst also hat sich nicht im geringsten belästigt gefühlt, trotzdem aber glaubte das Gewerbegericht einen so schweren Fall eines ungebührlichen Benehmens gegen Mitarbeiter annehmen zu müssen, daß die sofortige kündigungsfreie Entlassung berechtigt war. Ein solches Urteil muß mit Recht lebhaftes Befremden erregen, denn danach kann jeder Arbeiter sofort auf das Kflaster geworfen werden, wenn die Firma glaubt, ein Gelber könnte sich durch einen schiefen Blick beleidigt fühlen, selbst wenn dieser eine Beleidigung darin nicht sieht. Das Vertrauen der Arbeiter zu dem Düsseldorfser Gewerbegericht ist durch dieses Urteil sicherlich nicht gehoben worden.

**Agriarierfragen.** Die russische Regierung trägt sich seit einiger Zeit mit dem Gedanken, die Ausführung landwirtschaftlicher Arbeiter nach Deutschland zu verbieten. Wenigstens will sie die weitere Erlaubnis abhängig machen von Konzessionen auf sozialpolitischem Gebiete. Weiss ist den Agriarieren natürlich sehr unangenehm, und mit einem geradezu komischen Eifer suchen sie der russischen Regierung klarzumachen, daß es in ihrem Interesse liege, die Preußengängerei ihrer Arbeiter weiter zu gestatten. In der „Deutschen Tageszeitung“ wird ihr sogar vor Augen geführt, daß ein Verbot der Preußengängerei für Rußland die Revolution zur Folge haben könnte. Es heißt da nämlich:

Diese 800 000 Menschen samt ihren auf das Doppelte zu veranschlagenden Angehörigen finden in der Heimat kein Brot. Nach Uebersee können wegen Mangels an Mitteln nur wenige. Räht sich die russische Regierung wirklich zu unerhörten Gewaltmaßnahmen gegen die Abwanderung nach Deutschland verhalten, so flammst unfehlbar unter dieser Bedrohung eine Gegenbewegung auf, eine Bewegung nicht mehr, wie die Revolution von 1906 auf großstädtisch-proletarischem, sondern, was weit schlimmer, auf bäuerlich-ländlichem Boden.“

Schon aus diesem Grunde könnte Rußland ein Verbot der Preußengängerei nicht zulassen, und es dürfte auch wohl erwartet werden, daß die ganze Angelegenheit nicht mit Zollfragen verquillt werde. Den deutschen Unterhändlern wird sogar der Rat erteilt, bei der Beratung des neuen Zolltarifs recht energig aufzutreten und alle möglichen Garantien für die Durchführung etwaiger Abmachungen zu verlangen, weil die unteren russischen Verwaltungsglieder, in deren Hand die Ausführung internationaler Verträge liegt, allzu geeignet sind, sie nach eigenem Gutdünken auszuliegen, d. h. auf eigene Faust vertragsbrüchig zu werden.

Ob die russische Regierung wirklich ein solches Verbot der Auswanderung landwirtschaftlicher Arbeiter erläßt, ist noch nicht entschieden.

Nr. 503. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, in der Philharmonie ein Fest zur Nachfeier der 500. Volksunterhaltung statt (Konzert und Ball).

Die 504. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Deutschen Sanierteater (Münchberger Str. 70/71) statt.

Gewerkevereins-Teil

Düsseldorf. Nachdem Ende vorigen Jahres bereits die freien und christlichen Gewerkschaften sich an die städtische Verwaltung gewandt haben mit Eingaben, in denen um Maßnahmen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit gebeten wurde, hat infolge der Zunahme der Beschäftigungslosigkeit jetzt auch unser Ortsverband ein Gesuch um Einführung einer Arbeitslosenversicherung an die städtischen Behörden gerichtet.

führt werde. Unter Hinweis auf das Vorgehen anderer Städte wird ein solcher Versuch als durchaus durchführbar nachgewiesen.

Verbands-Teil

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.). Verbandsbüro der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221/23.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter - Sitzung in

Burghof Gesellschaftsbau, Bremen, Reckenstraße. - Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanfstein, Sandwegstr. 49.

Anzeigen-Teil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Jahresabschluss der Begräbnisliste des Verbandes pro 1913.

Table with columns: Einnahme, Ausgabe, and their respective amounts for 1913.

Table with columns: Mitgliederversammlung, Name, and Address for 1914.

Reinsfeld (Ortsverband). Durch reisende Arbeitslose erhalten Unterstützung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Ditto Wende, Sulfenstraße 15.

Schramberg (Ortsverband). Durch reisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Schauble, Schramberg, Bernsdorfstr. 104 und Heffe Schiltach.

Taschenbuch der Deutschen Gewerkevereine 1914

Jeder Gewerkevereiner sollte es als seine Pflicht ansehen, sich in den Besitz des Taschenbuchs zu setzen. Das Buch ist in ganz Leinen gebunden und mit höchstem Titelschmuck versehen.

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Reichsanstalt, Charlottenburg, Frauenhoferstraße 11-12.

Unfallverhütung, Gewerbehygiene, Soziale Hygiene.

Federausstellung über Befestigung giftiger Gase in Metall.